

16. Wahlperiode

84. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 9. Juni 2011

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	8059	Beschlussempfehlung: Modernisierungsprogramm ServiceStadt Berlin endlich umsetzen (III)!	
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	8059	Drs 16/4160	8152
Frank Jahnke (SPD)	8059	Beschlussempfehlung: Modernisierungsprogramm ServiceStadt Berlin endlich umsetzen (IV)!	
Emine Demirbüken-Wegner (CDU)	8060	Drs 16/4161	8152
Michael Schäfer (Grüne)	8061	Beschlussempfehlung: Highlights im Sport auch zeigen	
Gernot Klemm (Linksfraktion)	8062	Drs 16/4162	8152
Björn Jotzo (FDP)	8063	Beschlussempfehlung: Einheitliche Anlaufstelle für die Organisation von Sportveranstaltungen schaffen!	
Konsensliste		Drs 16/4163	8152
Erste Lesung: Gesetz über die Untersuchungsausschüsse des Abgeordnetenhauses von Berlin (UntAG)		Beschlussempfehlung: Wirksame Prävention und Intervention gegen Kinder- und Jugendkriminalität (III) – Neuköllner Modell wissenschaftlich begleiten!	
Drs 16/4221	8152	Drs 16/4167	8152
Beschlussempfehlung: Zukunft der Dienstleistungsbereiche (I)		Beschlussempfehlung: Mit Rail & Bike-Ticket fit für den Sommer	
Drs 16/4156	8152	Drs 16/4183	8152
Beschluss	8155	Beschlussempfehlung: U-Bahnhof Französische Straße erhalten!	
Beschlussempfehlung: Zukunft der Dienstleistungsbereiche (II)		Drs 16/4184	8152
Drs 16/4157	8152	Beschlussempfehlung: Neue Straßenbahnverbindung im Nordosten Berlins schaffen	
Beschluss	8155	Drs 16/4188	8153
Beschlussempfehlung: Modernisierungsprogramm ServiceStadt Berlin endlich umsetzen (I)!		Beschlussempfehlung: Avus-Sanierung zur Verbesserung des Lärmschutzes in Nikolassee nutzen	
Drs 16/4158	8152	Drs 16/4189	8153
Beschlussempfehlung: Modernisierungsprogramm ServiceStadt Berlin endlich umsetzen (II)!		Beschluss	8155
Drs 16/4159	8152		

Die Veröffentlichungen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
 Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin. Telefon: 661 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Beschlussempfehlung: Übertragung des S-Bahn-Schienennetzes an das Land Berlin

Drs 16/4190 8153

Antrag: Ersatzverkehre für die S-Bahn schaffen – freie Kapazitäten im Regionalverkehr nutzen

Drs 16/4215 8153

Beschlussempfehlung: Bessere Anbindung der Ortsteile Nikolassee und Schlachtensee an das U-Bahnnetz

Drs 16/4191 8153

Beschlussempfehlungen: Keine Feuerwehr zweiter Klasse für Ehrenamtliche – aktuelle Schutzkleidung auch für die Freiwillige Feuerwehr!

Drs 16/4194 8153

Beschlussempfehlungen: Ehrenamt stärken: kein Zwei-Klassen-System bei der Ausrüstung der Berliner Feuerwehren!

Drs 16/4195 8153

Beschlussempfehlung: Stärkung des Berliner Kleingartenwesens durch Erhöhung der Rechts- und Planungssicherheit für Kleingärtner und Zwischenpächter durch verbesserten Schutz der Baulichkeiten

Drs 16/4196 8153

Beschlussempfehlung: Gütesiegel für lokale Wirtschaftsförderung einführen!

Drs 16/4199 8153

Beschlussempfehlung: Leistungsfähigkeit der Berliner Verwaltung – Einsetzung einer Koordinierungsgruppe

Drs 16/4201 8153

Beschlussempfehlung: Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre

Drs 16/4204 8153

Beschluss 8156

Beschlussempfehlungen: Messe- und Kongressgeschäft entflechten – das ICC als Marke ausbauen

Drs 16/4217 8153

Beschlussempfehlungen: Messe- und Kongresskonzept vorlegen!

Drs 16/4218 8153

Beschlussempfehlungen: Schulhelfer für das ganze Schuljahr

Drs 16/4219 8154

Antrag: Deutsche Sprache als Kulturgut pflegen und fördern!

Drs 16/4207 8154

Antrag: Besetzung des Amtes des Polizeipräsidenten – Verfahren neu aufrollen

Drs 16/4211 8154

Antrag: Kinder besser schützen – Senat hat die Pflicht, das Netzwerk Kinderschutz zu stabilisieren und auszubauen

Drs 16/4213 8154

Fragestunde – Mündliche Anfragen

Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität in Berlin

Dr. Fritz Felgentreu (SPD) 8065, 8066
 Senatorin Gisela von der Aue 8065, 8066
 Sven Rissmann (CDU) 8066

Der Senat zwischen Lust und Frust – trotz Hitze sind viele Sommerbäder geschlossen!

Andreas Statzkowski (CDU) 8066, 8067
 Staatssekretär Thomas Härtel 8066, 8067, 8068
 Heiko Melzer (CDU) 8067

Was tut der Berliner Senat bei der EHEC-Epidemie?

Astrid Schneider (Grüne) 8068
 Senatorin Katrin Lompscher 8068, 8069
 Thomas Isenberg (SPD) 8069

Tarifverhandlungen bei Charité und CFM

Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion) 8069
 Senator Dr. Jürgen Zöllner 8069, 8070
 Mirco Dragowski (FDP) 8070

Böses Spiel mit Schülern und Eltern der Poelchau-Oberschule?

Sebastian Czaja (FDP) 8070, 8071
 Senator Dr. Jürgen Zöllner 8070, 8071, 8072
 Felicitas Kubala (Grüne) 8071

Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in Berlin

Peter Treichel (SPD) 8072
 Senator Dr. Jürgen Zöllner 8072
 Mieke Senffleben (FDP) 8072

Soll „Schwarzfahren“ erlaubt werden?

Sven Rissmann (CDU) 8073
 Senatorin Gisela von der Aue 8073, 8074
 Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion) 8073

Die Messe erklärt das Aus für das Art Forum, und der Kultursenator weiß von nichts?

Alice Ströver (Grüne) 8074
 Staatssekretärin Monika Helbig 8074, 8075
 Oliver Schruoffeneger (Grüne) 8075

Empfehlungen der Fluglärmmmission

Uwe Doering (Linksfraktion) 8075, 8076
 Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer 8075, 8076
 Christian Gaebler (SPD) 8076

Präsident Walter Momper:

Danke schön!

Jetzt geht es mit der Frage des Kollegen Rissmann von der CDU-Fraktion weiter, und zwar zu dem Thema

Soll „Schwarzfahren“ erlaubt werden?

– Bitte schön!

Sven Rissmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die jüngst in der Presse erhobene Forderung, „Schwarzfahren“ gänzlich – oder für bestimmte Personenkreise – straffrei zu stellen?
2. Plant der Senat eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Strafbarkeit des „Schwarzfahrens“ oder andere Maßnahmen in diesem Zusammenhang, und welche Erwägungen liegen dem gegebenenfalls zu Grunde?

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege! – Frau von der Aue beantwortet das für den Senat. – Bitte schön!

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Rissmann! Die Justizverwaltung hatte am 6. Juni Medienvertreter zu einer Veranstaltung ins Kriminalgericht Moabit eingeladen, um sich aus erster Quelle bei Staatsanwälten, Jugendrichtern, Vertretern der Polizei, Jugendbehörden, Schulen und des Jugendgerichts darüber zu informieren, wie sie im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Jugendkriminalität und der Gefährdung von Kindeswohl kooperieren. In dieser Veranstaltung hat eine Jugendrichterin die Auffassung vertreten, dass es für sie unsinnig sei, eine deutliche Anzahl von Fällen des Schwarzfahrens verhandeln zu müssen. Das wurde bereits in der Veranstaltung kontrovers diskutiert. Beispielsweise meinte ein Kollege aus dem Jugendbereich, solche Fälle von Schwarzfahren zu verhandeln, sei ein guter Ansatzpunkt, denn oft würde sich herausstellen, dass Schwarzfahrer auch Schulschwänzer seien, und man könne dieselben durch eine entsprechende Weisung dazu anhalten, die Schulpflicht einzuhalten.

Gleichwohl habe ich das Problem ernst genommen und gesagt, dass ich mich darüber kundig mache. Das heißt, wir müssen erst einmal schauen, welche Fällen von Schwarzfahren kommen überhaupt bei unseren Gerichten an, und wie stark ist die Belastung – in der Regel dürften das ja keine schwierigen Verfahren sein. Wenn wir das wissen, können wir uns überlegen, ob Maßnahmen getroffen oder Schlussfolgerungen gezogen werden müssen.

Es gibt diese Diskussion nicht erst seit gestern. Wir haben eine deutliche Belastung des Vollzugs durch sogenannte Ersatzfreiheitsstraffer, von denen ein erheblicher Teil auch Schwarzfahrer sind. Deshalb denke ich, dass es sinnvoll ist, sich darüber Gedanken zu machen. Ich greife aber kein Ergebnis vorweg. Das wird eine Frage der Prüfung sein. Sollte sich nach der Prüfung eine Notwendigkeit ergeben – womit ich ausdrücklich nicht sagen will, man solle Schwarzfahren straffrei stellen –, Bundesgesetze zu ändern, würden wir eine entsprechende Initiative erwägen. Sollte sie auf Bundesebene nicht auf Wohlwollen stoßen, könnte man auch eine Bundesratsinitiative starten. Dies alles ist aber momentan völlig offen. Ich bitte Sie abzuwarten, was unsere Prüfung ergibt.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Senatorin! – Der Kollege Rissmann hat eine Nachfrage. – Bitte!

Sven Rissmann (CDU):

Danke, Herr Präsident! – Frau Senatorin! Da meine Fantasie nicht ausreicht, frage ich Sie: Was für – Zitat – „Fälle von Schwarzfahren“ müssten es sein, damit man in dem von Ihnen eben skizzierten Sinn initiativ werden würde? Wie unterscheiden sich denn „Fälle von Schwarzfahren“?

Präsident Walter Momper:

Bitte, Frau Senatorin von der Aue!

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz):

Es gibt natürlich unterschiedliche Fälle der Intensität, es gibt sogenannte Ersttäter und solche, die immer wieder massiv auffällig werden. Das ist auch ein großer Unterschied in der strafrechtlichen Behandlung. Es gibt, wie Sie vielleicht wissen, in der Diskussion immer wieder die Forderung, man solle den Richtervorbehalt für solche Fälle abschaffen und die Behandlung Rechtspflegern übertragen. Es gibt aber auch die Forderung, die ich ausdrücklich nicht teile, man solle das Schwarzfahren straffrei stellen.

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Der Kollege Dr. Lederer hat eine weitere Nachfrage. – Bitte schön!

Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion):

Frau Senatorin! Gibt es Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang wiederholte Beförderungerschleichung – sie muss ja wiederholt sein – in Berlin tatsächlich zu Gefängnisaufenthalt führt? Kann man etwas zur Sozialstruktur der Täter und ihrer Motivation etwas sagen? Strafrecht soll ja General- und Spezialprävention zur Folge haben. Wenn das aber gar nicht das geeignete Instrument ist,

Dr. Klaus Lederer

müsste man in der Tat darüber nachdenken, welche anderen Mittel man ergreifen sollte.

Präsident Walter Momper:

Bitte schön, Frau Senatorin von der Aue!

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz):

Herr Abgeordneter Dr. Lederer! Wir haben natürlich in der Tat eine erhebliche Anzahl solcher Strafverfahren. Sie enden in der Regel mit Geldbußen. Trotz unserer Ihnen bekannten Initiativen – „Arbeit statt Strafe“ und das besondere Aufsuchen von Menschen, die ihr Leben schlecht organisieren können, durch Sozialarbeiter, die sie bewegen wollen, ihre Geldbuße durch gemeinnützige Arbeit abzutragen – haben wir immer noch einen erheblichen Anteil von Ersatzfreiheitsstrafen. Das macht – nicht immer gleichmäßig verteilt – ungefähr ein Drittel aller Ersatzfreiheitsstrafen im Strafvollzug aus. Das ist eine erhebliche Anzahl. Man kann sich mit Fug und Recht darüber Gedanken machen, ob diese Menschen tatsächlich in den Strafvollzug gehören. Auf der anderen Seite können wir dieses Problem nicht nur als eine Belastung der Justiz betrachten, sondern wir müssen auch sehen, dass eine Infrastruktureinrichtung wie der öffentliche Personennahverkehr finanziert werden muss. Wenn es eine andere Lösung geben soll, muss sie das berücksichtigen.

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Nachfragen sind nun nicht mehr möglich.

Nun ist die Frage 8 der Kollegin Ströver von den Grünen zu folgendem Thema an der Reihe:

Die Messe erklärt das Aus für das Art Forum, und der Kultursenator weiß von nichts?

– Bitte schön!

Alice Ströver (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Wie ist es erklärlich, dass der Regierende Bürgermeister in seiner Funktion als Kultursenator und sein Staatssekretär nichts vom Aus für das Art Forum gewusst haben, obwohl die Messe eine landeseigene Gesellschaft ist?
2. Wie und wann war der für Wirtschaft zuständige Senator Wolf in den Vorgang eingebunden, und warum hat er sich nicht mit dem Kultursenator über eine positive Lösung für das Art Forum verständigt?

Präsident Walter Momper:

Bitte schön, Frau Staatssekretärin Helbig!

Staatssekretärin Monika Helbig (Senatskanzlei):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Ströver! Das Art Forum ist eine zweifelsohne für Berlin und die Berliner Galerien wichtige Kunstmesse. Dass sie in diesem Jahr nicht stattfinden kann, kann man nur bedauern.

Der Regierende Bürgermeister und sein Kulturstaatssekretär wussten, dass die Messe Berlin mit dem Art Forum und der art berlin contemporary – abc – im Gespräch über eine gemeinsame Kunstmesse im Herbst 2011 und 2012 waren, die eine Beteiligung von abc am Art Forum zum Ziel hatte. Diese Gespräche und die damit verbundene Suche nach einem gemeinsamen Termin sind seinerzeit noch von der damaligen Chefin der Senatskanzlei, Barbara Kisseler, initiiert und begleitet worden. Diese Gespräche waren – so die Darstellung der Beteiligten – zunächst auf gutem Wege, sind dann aber an juristischen und organisatorischen Differenzen zwischen abc und Art Forum am Freitag, dem 27. Mai 2011 gescheitert bzw. für gescheitert erklärt worden. Daraufhin hat die Messe Berlin ihren Rückzug aus dem Kunstmessengeschäft erklärt.

Diese Entscheidungen sind von der Messe und dem Art Forum am Samstag, dem 28. Mai per Pressemitteilung kommuniziert worden, ohne dass dies mit den für Kultur oder Wirtschaft Verantwortlichen im Senat rückgekoppelt wurde oder diese vorab informiert wurden. Das Art Forum entschuldigte und begründete diese kommunikativ mehr als unglückliche Verhaltensweise postum mit großem Zeit- und Erwartungsdruck der involvierten Galerien.

Staatssekretär Schmitz hat angeboten, alle Beteiligten an seinen Tisch zu bringen, um gemeinsam darüber zu sprechen, ob und unter welchen Umständen in Berlin im Jahr 2012 wieder eine Messe für zeitgenössische Kunst stattfinden kann. Er will dazu noch in diesem Sommer erste Gespräche führen.

Zu Ihrer zweiten Frage: Meine Kollegin, Staatssekretärin Hartwig-Tiedt, hat im März dieses Jahres einen Runden Tisch aller Beteiligten in der Senatskanzlei angeregt, an dem sie auch teilgenommen hat. Als Ergebnis wurden weitere Gespräche zwischen den verschiedenen Kunstmessen und der Messe Berlin zur Abstimmung eines gemeinsamen Termins verabredet. Noch in einem Folgegespräch mit der Messegeschäftsführung im April in der Wirtschaftsverwaltung gab es keine Hinweise auf eine Absage des Art Forums. Weitere Informationen hat nach unserer Kenntnis auch Herr Senator Wolf nicht erhalten.

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Eine Nachfrage von Frau Kollegin Ströver! – Bitte!

Alice Ströver (Grüne):

Frau Staatssekretärin Helbig! Teilen Sie meine Auffassung angesichts auch der von Ihnen gemachten Aus-